Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3644

31. 01. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Bierstedt, Dr. Christa Luft und der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/859 –

Wiedereinführung einer Investitionszulage für den kleinen und mittelständischen Einzelhandel

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, dem Deutschen Bundestag einen Vorschlag zur Wiedereinführung der Investitionszulage in Höhe von 10 % für den kleinen und mittelständischen Einzelhandel in den neuen Ländern vorzulegen, die nach bestimmten Kriterien gewährt werden soll.

B. Lösung

Erledigterklärung des Antrags.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Abgeordneten Wolfgang Bierstedt, Dr. Christa Luft und der Gruppe der PDS – Drucksache 13/859 – für erledigt zu erklären.

Bonn, den 6. Dezember 1995

Der Finanzausschuß

Carl-Ludwig Thiele
Vorsitzender

Dr. Uwe-Jens Rössel
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Rössel

I. Verfahrensablauf

Der Antrag wurde in der 41. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Juni 1995 dem Finanzausschuß zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuß für Wirtschaft zur Mitberatung überwiesen. Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage am 20. September 1995 behandelt, der Finanzausschuß hat sie am 6. Dezember 1995 beraten.

II. Inhalt der Vorlage

Der Antrag zielt darauf ab, die Bundesregierung aufzufordern, dem Deutschen Bundestag einen Vorschlag zur Wiedereinführung der Investitionszulage von 10 % für den kleinen und mittelständischen Einzelhandel in den neuen Bundesländern vorzulegen, die nach bestimmten Kriterien gewährt werden soll.

Zur Begründung des Antrags führt die Gruppe der PDS insbesondere aus, kleine und mittelständische Handelsunternehmen seien gegenüber den Handelsketten, Großunternehmen und Filialbetrieben benachteiligt, was sich vor allem in den neuen Bundesländern auf die Struktur des Einzelhandels auswirke.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der Ausschuß für Wirtschaft hat auf die Beratung der Vorlage verzichtet, da die Gruppe der PDS den Antrag zurückgezogen hat.

IV. Ausschußempfehlung

Der federführende Finanzausschuß hat den Antrag einstimmig für erledigt erklärt, da die Einbeziehung des mittelständischen Handels in die Investitionszulage in den neuen Bundesländern bereits im Rahmen des Jahressteuergesetzes 1996 erfolgt ist.

Bonn, den 6. Dezember 1995

Dr. Uwe-Jens Rössel

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333